

DZ/ro

ad MB/hb

30. August 1972.

Notiz an den Politischen Dienst Ost

In Beantwortung Ihrer Notiz vom 29. August 1972 betreffend den bevorstehenden Besuch von Bundespräsident Heinemann teilen wir Ihnen mit, dass wir von Seiten der Rechtsabteilung keine Probleme zu melden haben, die bei dieser Gelegenheit gegenüber Herrn Bundesausserminister Scheel aufgeworfen werden sollten.

Für den Fall, dass von deutscher Seite eines der sonstig hängigen Probleme, die aber alle nicht von erst-rangiger Bedeutung sind, erwähnt werden sollte, geben wir Ihnen nachfolgend eine Aufzählung der pendenten Fragen aus dem Bereich der Rechtsabteilung:

1. Zollfreie Strasse Weil-Lörrach

Die Verhandlungen dauern an. Ueber die juristischen Fragen der zollfreien Strasse besteht weitgehend Einigkeit, dagegen haben sich wegen der Mitsprache der Gemeinde Riehen Schwierigkeiten betreffend die endgültige Trasseeführung ergeben, die noch nicht behoben sind. Ich hatte kürzlich ein Gespräch in Basel, um den Regierungsrat um einen raschen Entscheid zu bitten. Auch werde ich wahrscheinlich demnächst mit dem deutschen Delegationschef, Herrn Botschafter von Keller von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes wieder Fühlung aufnehmen.

2. Rechtsrheinische Kläranlage Basel

Bekanntlich sollen die Abwasser des Klein-Basel unterhalb der Stadt auf deutschem Gebiet in eine von deutscher Seite zu errichtenden Kläranlage geleitet werden. Die

./.

- 2 -

Standortfrage ist grösstenteils geklärt und über den Inhalt der entsprechenden vertraglichen Abmachungen zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Lande Baden-Württemberg ist man sich weitgehend einig. Dagegen steht die formelle Beschlussfassung noch aus.

3. Bodensee-Schifffahrt

Die in diesem Frühjahr paraphierten Verträge über die Schifffahrt auf dem Bodensee sowie auf dem Untersee und Rhein konnten noch nicht unterzeichnet werden, da wegen des Untersees noch einige Fragen untergeordneter Bedeutung einer Korrektur bedürfen. Die deutsche Delegation hat uns kürzlich verschiedene Aenderungswünsche unterbreitet, die demnächst bereinigt werden dürften, sodass die Unterzeichnung wohl noch dieses Jahr stattfinden kann. Für den Bodensee ist Oesterreich weiterer Vertragspartner.

4. Kernkraftwerke und Wasserentnahme

Durch den seinerzeitigen Entscheid des Bundesrates, Wasserentnahmen aus Aare und Hochrhein zu Kühlzwecken für Kernkraftwerke zu verbieten, sind die mit der Bundesrepublik aufgenommenen Gespräche über die Kühlwasserentnahme für die geplanten Kernkraftwerke Kaiseraugst und Leibstadt praktisch gegenstandslos geworden. Die generelle Frage des Kühlwassers wird gegenwärtig auch multilateral in der Rheinschutzkommission behandelt. Da sowohl das geplante Kraftwerk Kaiseraugst wie auch Leibstadt nahe am Hochrhein gelegen sein werden und deshalb in Grenznähe errichtet werden, wäre es nicht ausgeschlossen, dass die Bundesrepublik wegen allfälliger Immissionen Besprechungen verlangen wird. Kontakte auf technischer Ebene bestehen bereits, während vorläufig keine formellen Verhandlungen angebahnt wurden (wie dies bezüglich des Kernkraftwerkes Rütli Oesterreich kürzlich getan hat).

./.

- 3 -

5. Commission tripartite im Raume Basel

Frankreich hat kürzlich vorgeschlagen, gemeinsame Raumplanungsfragen in der Region Basel in einer "Commission tripartite" zwischen Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz zu behandeln. Nach Rücksprache mit dem Kanton Basel-Stadt (wir sind auch mit dem Kanton Basel-Land in Kontakt) sollen Vertreter der drei Staaten wahrscheinlich im Spätherbst zusammentreten. Schweizerischerseits steht man den französischen Absichten eher zurückhaltend gegenüber, was, wie wir von der deutschen Botschaft in Bern erfahren haben, offenbar auch für die Bundesrepublik gilt. Vor allem möchte man in Basel nicht, dass Fragen, die wie der Flugplatz Basel-Mülhausen oder die Kläranlagen, Gegenstand besonderer bilateraler Verhandlungen bilden, inskünftig in der Commission tripartite behandelt werden. Der französische Vorstoss geht offensichtlich darauf zurück, dass die "Regio" kürzlich eine Commission tripartite geschaffen hat, in der von schweizerischer Seite die kantonalen Behörden, von deutscher Seite das Regierungspräsidium Süd-Baden vertreten sind, während als französischer Vertreter der Préfet des Département Haut-Rhin fungiert. Entsprechend seiner zentralistischen Staatsstruktur möchte Paris bzw. das französische Aussenministerium die Delegation selbst leiten. Deshalb wohl auch der Vorschlag auf Schaffung einer "Commission tripartite gouvernementale".

Rechtsabteilung



(Diez)